

FAKTENCHECK EINFÜHRUNG EINER ROHSTOFFABGABE FÜR KIESE UND SANDE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Hintergrund: Auszug des Zukunftsvertrages für Nordrhein-Westfalen, Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN, 2022-2027, Z. 2172 ff.

„Umweltlenkungsabgaben können als marktwirtschaftliches Instrument umweltschädlichen Ressourcenverbrauch wirtschaftlich unattraktiv machen und Finanzmittel zur Sanierung und Entwicklung umweltfreundlicher Alternativen generieren. Deshalb werden wir eine Rohstoffabgabe spätestens zum 1. Januar 2024 einführen und diese auf Kies und Sand beschränken.“

Stellung Mineralische Rohstoffe

Mineralische Rohstoffe bilden die Grundlage nahezu aller Gegenstände des alltäglichen Lebens- von der Zahnpasta am Morgen, über das Wasserglas, Papier und den PC im Büro, die Herstellung von Eisen und Stahl, bis hin zur Infrastruktur in Hoch- und Tiefbau bei Gebäuden, Straßen und Brücken sowie Anlagen der Erneuerbaren Energien.

Kies und Sand sind schon als Baustoffe für die gesamte Bauwirtschaft maßgeblich. Beton, der weltweit dominierende Massenbaustoff, besteht zu über zwei Dritteln aus Sand und Kies. Daneben dienen Kiese und Sande auch als Zuschläge für viele andere Baustoffe wie Mörtel, Putz und Asphalt. Hochwertige Quarzsande kommen als Industriemineral z.B. bei der Herstellung von Glas und glasfaserverstärkten Kunststoffen zum Einsatz, finden aber auch bei vielen weiteren Produkten der chemischen Industrie Verwendung und sind zudem auch als Formmaterial für die Gießerei-Industrie essenziell. Ton dient der Erzeugung feuerfester Materialien ebenso wie technischer Porzellane und fungiert als Füllstoff in der kosmetischen Industrie. Kalk wird zur Herstellung von Eisen und Stahl zwingend gebraucht, wird darüber hinaus aber auch im Umweltschutz eingesetzt, z.B. bei der Reinigung und Aufbereitung von Trinkwasser oder in der Rauchgasentschwefelung, zudem auch in der chemischen Industrie bei der Herstellung von Kunststoffen und Farben, zur Herstellung von Glas, u.a. für Photovoltaikanlagen, für die Agrar- und Lebensmittelindustrie bis hin zu medizinischen Anwendungen.

Die heimische Rohstoffindustrie ist somit grundlegende Basis und erstes Glied der Wertschöpfungsketten.

Für mineralische Rohstoffe gilt dabei ganz besonders ein regionaler Fokus: Sie werden an bestimmten Standorten gewonnen, in der Regel nur über kurze Distanzen transportiert und dort direkt verwendet und weiterverarbeitet. Hierdurch entsteht eine Wertschöpfung, die sich fortsetzt und neben den Arbeitsplätzen in der eigentlichen Rohstoffgewinnung mittelbar auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen in den nachgelagerten Folgeindustrien vor Ort schafft. Dieser regionale Bezug ist vorteilhaft für die Umwelt, die wirtschaftliche Wertschöpfung und die Arbeitsplätze. Die Unternehmen der Branche sind sich dabei ihrer Verantwortung bewusst und produzieren unter hohen Sozial- und Umweltstandards.

Aktuelle Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen in NRW

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen sind aktuell schon durch die Corona-Pandemie und die Auswirkungen des Ukraine-Krieges sowie gestörte Lieferketten so stark angespannt, dass der Ausblick für die wirtschaftliche Entwicklung zu großen Sorgen Anlass gibt.

Das gilt insbesondere mit Blick auf die Energiekosten. Die Strompreise - bereits seit längerer Zeit die höchsten in Europa - sind im letzten Jahr um mehr als 250% gestiegen, die Gaspreise sogar um mehr als 580%. Die Unternehmen können diese gestiegenen Kosten jedoch nicht ohne weiteres weitergeben. Eine weitere künstliche Verteuerung des Produkts würde diese Unternehmen daher besonders treffen und in ihrer Existenz bedrohen.

Zu diesen allgemeinen Belastungen wird in NRW zudem noch der Wassercent erhoben, der praktisch nur Rohstoffunternehmen zusätzlich beansprucht, selbst wenn diese lediglich Oberflächenwasser im Kreislauf führen und wiedereinleiten. Diese zusätzliche Belastung der Rohstoffwirtschaft gegenüber Wasserkreisläufen z.B. von Kraftwerkskühlungen oder der Landwirtschaft ist durch den Landesgesetzgeber bewusst herbeigeführt worden. Schon jetzt sind die Unternehmen der Rohstoffbranche in NRW also im Vergleich höheren Belastungen ausgesetzt.

Auswirkungen auf das Land NRW

Die jetzt im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung einer Rohstoffabgabe ist schon verfassungsrechtlich bedenklich. Für eine spezielle landesrechtliche Steuer dürfte schon die Zuständigkeit des Landes nicht gegeben sein. Eine Erhebung als Gebühr scheidet aus, da die Eigentumsnutzung nicht ohne weitere Voraussetzungen einer Gebührenpflicht unterworfen werden kann. Auch eine Ausgestaltung als Sonderabgabe ist verfassungskonform nicht möglich.

Die Einführung einer Rohstoffabgabe ist darüber hinaus auch aus Wettbewerbsgründen kritisch. Vergleichbare Maßnahmen wurden bereits sowohl durch die EU als auch durch verschiedene Länder geprüft und abgelehnt. Ihre Einführung auf Bundeslandesebene führt dazu, dass NRW als einziges Bundesland einen Sonderweg für die mineralische Rohstoffindustrie fahren wird. Dies bedeutet schon zwangsläufig einen Wettbewerbsnachteil.

Die mit ihrer Einführung einhergehende künstliche Verteuerung von Rohstoffen in NRW bedeutet zusätzlich das Risiko, dass Unternehmen Neuinvestitionen in andere Bundesländer verlagern oder im Ausland vornehmen werden. Die jüngsten Entwicklungen werden diesen Trend wahrscheinlich beschleunigen. Einmal abgewanderte Industrien werden jedoch nicht wieder zurückkehren.

Ressourcengewinnung = Umweltschaden?

Die Gewinnung mineralischer Ressourcen ist mit einem Eingriff in Natur und Landschaft verbunden. Dieser Eingriff ist jedoch nur temporär und geschieht zudem in einem engen gesetzlichen Rahmen. Die Unternehmen haben schon den Genehmigungsunterlagen sogenannte landschaftspflegerische Begleitpläne beizufügen, in denen die naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen sowie die Wiedernutzbarmachung und Renaturierung der Abbauflächen im Einzelnen dargestellt sind und die im Ergebnis den durch die Rohstoffgewinnung verursachten Eingriff ökologisch zumindest kompensieren.

Oft ist es so, dass die Kompensationsleistungen in ihrem ökologischen Wert auch deutlich über den Ausgangszustand hinausgehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn Kies- und Sandgruben auf vormaligen Intensiväckern entstehen. Kies- und Sandgruben bieten einer Vielzahl von seltenen Tier- und Pflanzenarten Lebensräume, die in der Natur nicht mehr vorkommen und haben deshalb einen hohen ökologischen Wert, der oft eine weniger ökologische Vornutzung ablöst. Die Idee einer ergänzend zu finanzierenden Sanierung geht daher fehl.

Fehlende Lenkungswirkung

Die Unternehmen der Rohstoffbranche produzieren ihre Erzeugnisse durchgängig nach den bestehenden, auch politisch gewollten, Bedarfen. Sie sind daher nicht „Bedarfswecker“, sondern „Bedarfsdecker“. D.h., die Unternehmen gewinnen und liefern genau nur die Mengen, die von den Abnehmern nachgefragt werden und die für die Versorgung unserer Volkswirtschaft benötigt werden. Schon insofern ist eine irgendwie ausgestaltete Lenkungswirkung fraglich.

Auch eine mögliche Schaffung von „Alternativen“ ist zumindest ungewiss. Unternehmen der mineralischen Rohstoffindustrie gehören zu den Pionieren, die das Bauschutt-Recycling vor mehr als 40 Jahren aktiv aufgriffen und voranbrachten. Es gehört zum Effizienzverständnis vieler Betriebe, mit ihrem technischen Know-how und den passenden Aufbereitungsanlagen gleichzeitig zusätzlich Recyclingbaustoffe herzustellen und für geeignete Anwendungen anzubieten. Der Einsatz von Sekundärrohstoffen leistet einen wichtigen Beitrag zur Substitution primärer Rohstoffe und trägt damit aktiv zur Ressourcenschonung bei. Das ist jedoch längst gängige Praxis und bei den meisten Gesteinsunternehmen ein zweites wirtschaftliches Standbein. So werden von den bundesweit jährlich anfallenden ca. 220 Mio. t an mineralischen Bauabfällen rund 90 Prozent im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes verwertet, bleiben im Stoffkreislauf und substituieren auf diese Weise Primärmaterial. Die öffentlichkeitswirksamen Forderungen nach hochwertigerem Recycling hätten lediglich eine Verschiebung der Recycling-Stoffströme hinsichtlich ihrer Verwendung zur Folge. Im Hinblick auf eine Erhöhung der Substitutionsquote von Primärmaterial sind diese Forderungen zu hinterfragen. Auch daher geht die Idee einer weiteren Lenkung in die falsche Richtung.

Fazit

Die Verfügbarkeit heimischer Rohstoffe sichert die regionale Versorgung und den Bestand der Lieferketten – eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und des Landes NRW sowie für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung.

Der Koalitionsvertrag in NRW stellt mit der Rohstoffabgabe eine zusätzliche Herausforderung für die gesamte Industrie, produzierende Unternehmen, die öffentliche Hand und letztendlich jeden Bürger dar.

Es ist zwingend erforderlich, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die genannten Zielgruppen in NRW nachhaltig zu verbessern.

vero plädiert dafür, Unternehmen der Branche nicht durch eine geplante Rohstoffabgabe zusätzlich zu belasten